

Sollen Firmen für Krippen zahlen?

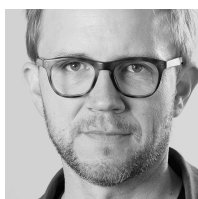
Eine Volksinitiative verlangt, dass sich Firmen im Kanton Zürich über einen Fonds an den Kosten für familienexterne Kinderbetreuung beteiligen.



In einem sind sich alle einig: Es braucht Kinderkrippen. Foto: Sophie Stieger



Liliane Minor
Die Wirtschaft kann nicht nur fordern.



Hannes Nussbaumer
Den Wettbewerb nicht abwürgen

Ja

Zugegeben, in den letzten Jahren hat sich in Sachen Kinderbetreuung einiges getan. In Zürich können Eltern schon fast aus den Angeboten auslesen. Nur ist das kein Grund, nun die Hände in den Schoß zu legen. Noch immer gibt es draussen auf dem Land Dorfschulen, die bieten nicht mal einen Mittagstisch an.

Noch immer ist es für viele Paare bestenfalls ein Nullsummenspiel, wenn beide arbeiten, weil der ganze zusätzliche Verdienst für Krippenkosten draufgeht. Manchmal ist das Arbeiten

Nein

Es gehört zum bemerkenswerten Wesen der Krippenfinanzierungsvorlage, dass jede Diskussion darüber vom Konsens dominiert wird. Befürworter wie Gegner bekräftigen: erstens, dass familienergänzende Betreuungsangebote unverzichtbar sind. Zweitens, dass die öffentliche Hand diese Angebote mittragen soll. Und dass es drittens überhaupt und ganz generell wichtig ist, dass Frauen nach einer Geburt im Erwerbsleben bleiben – für sie persönlich, für die Volkswirtschaft und für den Staat, der viel in die Ausbildung dieser Frauen

sogar teurer als das Daheimbleiben. Nun kann man natürlich sagen: Der Staat kann nicht jedem seine Vorlieben finanzieren. Schliesslich kann der Mensch heutzutage (meist) selbst wählen, ob er Kinder will. Doch das ist zu kurz gedacht.

Firmen profitieren

Wer profitiert denn, wenn Väter und Mütter arbeiten? Natürlich die Eltern selbst. Aber eben nicht nur. Sondern auch der Staat, der unlängst vom Volk den Auftrag gefasst hat, die Einwanderung zu drosseln – und dennoch der Wirtschaft möglichst gute Bedingungen zur Verfügung stellen soll, etwa in Form von genügend Fachkräften. Da ist es unumgänglich, im Inland zu suchen. Zum Beispiel unter den nicht berufstätigen Müttern.

Vor allem aber profitieren Firmen von guten Betreuungsangeboten. Wenn gut eingearbeitete Fachkräfte ihre Stelle nach der Geburt eines Kindes behalten, so spart der Arbeitgeber Zeit, Mühen und Kosten, jemand Neues einzuarbeiten.

Ausserdem steht der Wirtschaft ein weit grösserer Pool an hier ausgebildeten Fachleuten zur Verfügung, wenn sich Familie und Beruf zu tragbaren Kosten vereinbaren lassen. Kleine Betriebe schützt ein gutes Betreuungsangebot schliesslich davor, dass ihnen grosse die guten Mitarbeiter abjagen, indem sie eigene Krippen anbieten.

Da sollte es eigentlich mehr als selbstverständlich sein, dass sich die Wirtschaft an den Kosten von Krippen und Horten beteiligt. Dazu ist der Fonds genau die richtige Lösung: Die Kosten sind überschaubar und auch für kleine Betriebe tragbar.

Das Geld fliesst, anders als bei Steuern, zielgenau an den richtigen Ort, statt in der allgemeinen Staatskasse zu versickern. Und schliesslich ist ein Fonds besser vor Sparübungen geschützt, als wenn das Geld aus allgemeinen Steuermitteln käme. Dass

investiert hat.

All das, vor nicht langer Zeit noch Gegenstand hitziger Debatten, ist heute von links bis rechts akzeptiert. Zum Glück. Dass sie diesen Konsens öffentlich manifestiert, ist die verdienstvolle Seite der Initiative. Inhaltlich ist die Vorlage dagegen überflüssig. Die Initianten möchten, dass ein Fonds eingerichtet wird, der unter anderem Gemeinden mit einem suboptimalen Betreuungsangebot unterstützen soll.

Bürokratisches Konstrukt

Die Initianten monieren in der amtlichen Abstimmungsbroschüre, es gebe beim Angebot wie bei den Kosten «sehr grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden». Das beeinflusse die Standortqualität. Das mag so sein – bloss: Ist das schlimm? Ist es nicht vielmehr positiv, wenn Qualität und Preis der Einrichtungen zum Standortfaktor werden?

Zu Recht üben namentlich Linke Kritik am Standortwettbewerb per Steuerfussenkung. Dass sich dieselben Linken nun auch daran stören, wenn auf der Basis des Betreuungsangebots ein interkommunaler Wettbewerb entsteht, ist dagegen skurril.

Die Gemeinden sind vom Kanton dazu verpflichtet, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zu gewährleisten. Das ist eine gute Grundlage, um den Markt spielen zu lassen: Eine Gemeinde kann darauf reagieren, indem sie mehr als das Nötigste unternimmt – in der Hoffnung, damit junge, gut qualifizierte und mithin gut verdienende Familien anzuziehen. Oder sie kann sich auf das Minimum beschränken – das bedeutet weniger Aufwand, aber auch weniger Attraktivität.

Es ist ein Unding, mit einem bürokratischen Fondskonstrukt in diesen Markt eingreifen zu wollen. Umso mehr, als allein schon die Administration des Fonds einen Teil der Beiträge wieder fressen würde.

das bestens und ohne unnötige Bürokratie funktioniert, zeigen andere Fonds, zum Beispiel der Strassenfonds.

Wichtig aber ist ein Ja vor allem aus einem Grund: um die Betriebe wieder einmal daran zu erinnern, dass sie nicht nur profitieren können, sondern auch etwas leisten sollen.

Kommt hinzu, dass man der Verheissung der Initianten, der Fonds werde von den Arbeitgebern gespeist, nicht recht trauen mag. Wahrscheinlicher ist, dass Letztere bei einem Ja zur Initiative die Abgabe postwendend auf die Arbeitnehmer abwälzen würden. Nicht direkt und offiziell, aber indirekt und inoffiziell – und sehr effektiv. (Tages-Anzeiger)

(Erstellt: 15.09.2016, 23:03 Uhr)

15.09.2016

Stichworte

- [Sozialpolitik](#)
- [Erziehung](#)
- [Kinderkrippe](#)

Artikel zum Thema

Aus für das Du: In Zürcher Horten gilt neu die «Sie-Kultur»



Schule und Hort rücken in der Stadt Zürich näher zusammen. Damit ändern sich auch die Umgangsformen: Vielerorts müssen Eltern und Kinder das Hortpersonal künftig siezen. [Mehr...](#)

Von Liliane Minor. 25.08.2016

Gibts zu viele Kinderbetreuungsplätze?

Nach Zürich vermeldet auch Winterthur genug Krippenplätze. Wozu dann die Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle»? Weil «genug» eben nicht genug ist, sagen die Initianten. [Mehr...](#)

Von Lorenzo Petrò 19.08.2016

Wo Männer noch erwünscht

sind

In Zürcher Kinderkrippen geraten Männer schnell unter Pädophilie-Generalverdacht. Das Beispiel einer Krippe im Kreis 4 zeigt, dass es auch mit männlichen Mitarbeitern gut kommt. [Mehr...](#)

Von Carmen Roshard. 12.09.2014

Das Ressort Zürich auf Twitter

Das Zürich-Team der Redaktion versorgt Sie hier mit Nachrichten aus Stadt und Kanton.

@tagi folgen

Das Ressort Zürich auf Twitter

Das Zürich-Team der Redaktion versorgt Sie hier mit Nachrichten aus Stadt und Kanton.

@tagi folgen
